Aus dem Ortsgemeinderat

Am 06.04.2010 fand in Reuth, im Gemeindehaus, unter Vorsitz von Ortsbürgermeister Ewald Hansen und im Beisein von Bürgermeisterin Diane Schmitz eine öffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Reuth statt.

Aus der öffentlichen Sitzung: Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Sachverhalt:

Gemäß § 30 der Gemeindeordnung (GemO) verpflichtet der Ortsbürgermeister die Ratsmitglieder vor ihrem Amtsantritt in öffentlicher Sitzung namens der Ortsgemeinde durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten.

Die Ratsmitglieder üben ihr Amt unentgeltlich nach freier, nur durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl bestimmter Gewissensüberzeugung aus; sie sind an Weisungen oder Aufträge ihrer Wähler nicht gebunden.

Ratsmitglied Gerd Probst hat mit sofortiger Wirkung sein Ratsmandat niedergelegt. Der nächste noch nicht berufene Bewerber Hermann-Josef Klein hat das Mandat angenommen.

Herr Klein wurde über ihre Wahl in den Ortsgemeinderat der Ortsgemeinde Reuth benachrichtigt und hat das Mandat angenommen.

Unter Hinweis auf die entsprechenden Bestimmungen der Gemeindeordnung wurde Hermann-Josef Klein durch Ortsbürgermeister Ewald Hansen durch Handschlag verpflichtet. Gleichzeitig wurde ihm ein Kommunalbrevier ausgehändigt.

Instandsetzung von Wirtschaftswegen

Sachverhalt:

Der Vorsitzende unterrichtete den Ortsgemeinderat über die Begehung der Wirtschaftswegen durch den Wald- und Wegeausschuss am 28.03.2010.

Beschluss:

In Kenntnis der Empfehlung des Wald- und Wegeausschusses vom 28.03.2010 beschließt der Ortsgemeinderat, folgende Wege bzw. -teilstücke in 2010 instandzusetzen:

- Flur 7, Nr. 38
- Flur 2, ehemalige K 76 und Nr. 12/16

Eine neue Deckschicht ist erforderlich auf Weg Flur 6, Nr. 87 ca. 120 m. Zusätzlich soll ein Seitengraben angelegt werden.

Unterhaltung von Drainagen

Sachverhalt:

Der Vorsitzende unterrichtete den Ortsgemeinderat sehr eingehend über den Sachverhalt und informierte auch über den seinerzeitigen Beschluss des Ortsgemeinderates vom 30.03.1989 bezüglich Kostenbeteiligung bei Instandsetzungen von Drainagen.

Er beantragt, der Ortsgemeinderat möge über den Sachverhalt beraten und bezüglich der seinerzeitigen Kostenbeteiligung erneut beschließen.

Beschluss:

Nach sehr eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat, in Aufhebung seines Beschlusses vom 30.03.1989 ab sofort keinerlei finanzielle Beteiligungen an der Insatandsetzung oder Neuverlegung von Drainageleitungen mehr zu leisten.

Verwendung des Sondernutzungsentgeltes Windkraftanlagenbetreiber - Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Seit der Errichtung der Windkraftanlagen im Jahre 1998 zahlt der Windkraftanlagenbetreiber jährlich ein Sondernutzungsentgelt für die Nutzung der gemeindlichen Feld- und Waldwege.

Dieses Entgelt wurde bis einschließlich 2008 in einer Rücklage angesammelt.

Der Vorsitzende informierte den Rat ausführlich, auch anhand des der Sitzungsvorlage an Anlage beigefügten Vermerks der VG-Verwaltung vom 29.03.2010, über die zur Entscheidung anstehende Frage der Verwendung des Sondernutzungsentgeltes des Windkraftanlagenbetreibers, insbesondere im Zusammenhang mit der Erhebung von Beiträgen für Feld- und Waldwege.

Danach wird empfohlen, den Gemeindeanteil in § 6 der Beitragssatzung Feld- und Waldwege von zurzeit 5 v. H. auf 10 v. H. anzuheben.

Beschluss:

Nach ausführlicher Beratung beschließt der Ortsgemeinderat die jährlichen Sondernutzungsentgelte, wie im Vermerk der VG-Verwaltung vom 29.03.10 festgehalten, zu verwenden.

Danach werden diese Beträge in folgender Reihenfolge verwandt:

1. Außerdem soll in 2010 ein Betrag von 25.000,00 € an die Jagdgenossenschaft gezahlt werden. Danach (ab 2011) wird jährlich aus dem Sondernutzungsentgelt ein Betrag von 3.000,00 € an die Jagdgenossenschaft gezahlt.
2. Finanzierung des Gemeindeanteils nach § 6 der Beitragssatzung Feld- und Waldwege
3. Finanzierung des auf die gemeindeeigenen Grundstücke entfallenden Beitrages für Feld- und Waldwege
4. Verwendung als allgemeines Deckungsmittel.

Zur Reihenfolge ist anzumerken, dass die Ziffern 2 bzw. 3 nur greifen, wenn noch Beträge nach Verwendung der jeweils vorhergehenden Stufe verbleiben.

Die bisher angesammelten Sondernutzungsentgelte werden der Allgemeinen Rücklage (bzw. doppisch ausgedrückt dem Finanzmittelbestand) zugeführt, da das jährliche Sondernutzungsentgelt in der Regel ausreicht, um den Gemeindeanteil zu finanzieren.

Zudem ist in der nächsten Sitzung eine Änderung der Beitragssatzung Feld- und Waldwege vorzunehmen und zwar ist der Gemeindeanteil von zurzeit 5 v. H. auf 10 v. H. anzuheben.

Anlagen:

Vermerk VG-Verwaltung vom 29.03.10

Grundstücksangelegenheiten: Veräußerung von aufgehobenen Wirtschaftswegen

Sachverhalt:

Der Vorsitzende unterrichtete den Ortsgemeinderat darüber, dass in der Gemarkung Reuth nunmehr einzelne Wirtschaftswegeparzellen gemäß Satzung über die Aufhebung von Wirtschaftswegen aufgehoben wurden.

Die aufgehobenen Wirtschaftswegeparzellen können daher, soweit hiergegen keine Bedenken (zum Teil bestehen Forderungen der unteren Naturschutzbehörde, dass Flächen im Eigentum der Ortsgemeinde verbleiben sollen) bestehen, den angrenzenden Grundstückseigentümern zu einem Kaufpreis von 0,80 €/m² (Bodenrichtwert für Land- und Forstwirtschaft) zum Kauf angeboten werden. Bei einem Verkauf sollte zudem in dem jeweiligen Kaufvertrag geregelt werden, dass sämtliche mit dem Grunderwerb verbundenen Kosten, wie Notarkosten, Gerichtskosten,

Vermessungskosten, etc., von den jeweiligen Käufern zu tragen sind.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat nach Abwägung aller Fakten, die aufgehobenen Wirtschaftswege nicht zu veräußern, sondern diese im jetzigen Zustand zu belassen und für einen Eintrag im Ökokonto vorzumerken.